

Strengere Datenschutzbestimmungen für Social Networks verabschiedet

JungparlamentarierInnen für Förderung von Medienkompetenz

Wien (PK) - Im Rahmen der Plenardebatte nahmen die Abgeordneten zum Jugendparlament zunächst zu den Themen Social Media und Datenschutz Stellung. In der Folge brachten die Fraktionen außerdem vier Entschließungsanträge ein, die darauf abzielen, Medienkompetenz im Rahmen des Schulunterrichts eine gewichtigere Rolle zukommen zu lassen. Drei dieser Anträge wurden mehrheitlich angenommen, einer verfehlte das notwendige Quorum.

Datenschutz und soziale Netzwerke - eine Herausforderung

Sandro SINKOVITS (gelb) hob die Bedeutung einer altersgerechten Aufklärung über Datenschutz hervor. Dies sei notwendig, um junge Menschen unter anderem vor Stalkern zu beschützen, stand für ihn fest. Dass man nun Standardeinstellungen für die Gruppe der unter 14-Jährige beschließe, bewertete Sinkovits als richtigen Schritt, zumal Kinder dieses Alters noch nicht selbst imstande wären, Verantwortung zu tragen. Das Löschen von Profilen müsse, so der Abgeordnete, übersichtlich sein und die Daten damit komplett entfernt werden.

Für Lukas ZEILERBAUER (weiß) stand fest, dass mit sozialen Netzwerken nicht nur Nachteile einhergehen. Man müsse jedoch auf die große Verantwortung, die ihre Nutzung mit sich bringe, aufmerksam machen. Verantwortung hätten aber auch die Betreiber zu tragen, obgleich sie diese oft "schleifen" ließen. Facebook verkaufe, so Zeilerbauer, sogar die Daten der dort registrierten User. Darüber würde man zwar aufgeklärt, die Datenschutzbestimmungen seien aber zu kompliziert formuliert, sodass die NutzerInnen häufig nicht ausreichend darüber informiert wären. Da "Vorsicht besser als Nachsicht" ist, plädierte der Abgeordnete für die Aufklärung über Social Networks im Rahmen des Informatikunterrichts. Schlussendlich könne man aber niemandem vorschreiben, wie er mit seinen Daten umzugehen habe, stand für Zeilerbauer fest.

Laurenz HIRTZBERGER (türkis) übte scharfe Kritik an den Fraktionen der Weißen und Gelben. Die Violetten seien zwar "schwach", schlussendlich habe man mit ihnen aber eine konstruktive Ebene gefunden, schloss er.

Lisa RABERG (violett) hielt Sicherheit und Verantwortung im Umgang mit Social Networks für eine wichtige Voraussetzung. Besonders bei sensiblen Daten sollte aber auch das Verantwortungsbewusstsein der Betreiber gefragt sein. Darüber hinaus wären aber auch Eltern und SchülerInnen gefragt, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen, schloss Raberg.

Ines LANGER (gelb) freute sich darüber, dass der von Seiten ihrer Fraktion vorgelegte Antrag von den anderen Parteien mitgetragen werde.

Serafina DEMAKU (weiß) zeigte sich stolz darüber, dass das heute zu beschließende Gesetz "die Handschrift der Weißen" trage. Datenschutz in Social Networks bewertete die Rednerin als überaus wichtiges Thema. Bei sensiblen Daten müsste der Nutzer aber auch selbst genau überlegen, ob er sie wirklich anderen preisgeben möchte, hielt Demaku fest.

Bernadette POOSCH (türkis) wies darauf hin, dass die 13- bis 19-Jährigen bereits die zweitgrößte Gruppe der Facebook-NutzerInnen stellten. Es seien aber auch schon unter 13-Jährige auf der Plattform vertreten, die ihr Alter verfälschten, um Teil der Community sein zu können, gab sie zu bedenken. Diese jungen Menschen gelte es zu schützen, denn sie wären schnell dazu bereit, hochsensible Daten preiszugeben.

Für Lisa TSCHECH (gelb) stand fest, dass Aufklärung vor Strafe gehen müsse. Was das Gesetz selbst anbelange, so habe man eine Herabsetzung der Altersgrenze von 16 auf 14 Jahre erreicht. Das sei möglich, zumal bereits 14-Jährige Verantwortung für ihr eigenes Handeln übernehmen könnten. Erfreulich sei auch die Anhebung der Verwaltungsstrafen für Betreiber, die gegen Datenschutzauflagen verstoßen, zeigte sich Tschech überzeugt.

Arbenita HASANI (weiß) kam auf die große Rolle, die soziale Netzwerke im Leben von jungen Menschen spielen, zu sprechen. Die beim Beitritt zu einer solchen Community zu lesenden Datenschutzbestimmungen würden jedoch viel zu häufig überblättert, kritisierte sie. Hasani plädierte außerdem für eine unwiderrufliche Löschung von Daten, sobald ein User das Netzwerk verlässt. Derzeit sei es unklar, was mit diesen Informationen geschehe.

Für Christoph BRANDL (türkis) stand fest, dass Spaß genauso wichtig ist wie Schutz. Die Jugend gelte es vor Schäden zu bewahren, denn in ihr liege die Zukunft, schloss er.

Dajana DILJKAN (gelb) zeigte sich erfreut darüber, dass es gelungen ist, dieses wichtige Gesetz zum Beschluss zu bringen.

Tugba MAK (gelb) hob die Erhöhung der Verwaltungsstrafen für Betreiber sozialer Netzwerke, die die Datenschutzbestimmungen nicht einhalten, als wichtigen Schritt hervor. Auch sei es zu begrüßen, dass die Altersgrenze um zwei Jahre herabgesetzt werden konnte, schloss sie.

Auch Anabell POCHOP (gelb) zeigte sich erfreut über das Zustandekommen des vorliegenden Gesetzes. Dass man im Ausschuss Einstimmigkeit erzielt habe, sei ein gutes und wichtiges Signal.

Christine FREIDL (gelb) unterstrich die Notwendigkeit, dafür zu sorgen, dass alle Daten, die man löschen möchte, auch tatsächlich aus dem Netz genommen werden.

Andreas GÖTZ (weiß) wies auf die Gefahren hin, die für Kinder und Jugendliche durch soziale Netzwerke entstehen. Deshalb habe sich seine Fraktion für Abänderungen zur Regierungsvorlage eingesetzt. Die Nutzungsvereinbarungen müssten verständlich formuliert sein und die SchülerInnen entsprechend aufgeklärt werden. Für erforderlich hält es Götz auch, die Eltern einzubeziehen. Er zeigte sich zufrieden damit, dass es gelungen ist, die Altersgrenze herabzusetzen. Auch er machte sich schließlich stark für die Gewährleistung, dass alle Daten von allen Servern weltweit gelöscht werden, wenn der Betreffende dies möchte.

Michelle ZÖCHLING (türkis) betonte die Wichtigkeit des Datenschutzes und bezeichnete Information und Aufklärung als wichtige Voraussetzungen für eine verantwortungsbewusste Nutzung der Netzwerke. "Wissen ist die einzige Waffe gegen Datenmissbrauch", stellte sie fest.

Alena JONUZI (violett) bemerkte eingangs, soziale Netzwerke seien aus dem Leben nicht mehr wegzudenken. Die Jugendlichen wollten auf diesem Weg Freundschaften knüpfen und mit Personen im Ausland kommunizieren. Sie habe es daher für außerordentlich wichtig gehalten, sich mit dem vorliegenden Gesetzentwurf auseinanderzusetzen. Mit den nunmehrigen Formulierungen solle sichergestellt werden, dass Kinder und Jugendliche über die Risiken entsprechend informiert werden. Wie ihre VorrednerInnen trat sie dafür ein, die Daten auf Wunsch weltweit löschen zu können.

Kiara HOLLATKO (weiß) zufolge schleichen sich soziale Netzwerke zunehmend in das Leben Jugendlicher ein und ermöglichen ihnen, unter Bekanntgabe persönlicher Daten, eine kleine virtuelle Welt aufzubauen. Das sei durchaus auch eine positive Entwicklung, dennoch müsse man sich die Frage stellen, was mit persönlichen Daten passiert und wie man mit personalisierter Werbung umgeht. Dem "weltweiten Auge" müsse Einhalt geboten werden, formulierte sie pointiert, und erinnerte an den im Ausschuss eingebrachten Abänderungsantrag.

Matthias LEHNER (türkis) hob die Bedeutung des Datenschutzes hervor und erinnerte in diesem Zusammenhang an die im Ausschuss eingebrachten und angenommenen Änderungen zur Regierungsvorlage. Man habe eine Verbesserung des Datenschutzes, vor allem für

Minderjährige, erreichen können, indem man die einzelnen Maßnahmen auf das Alter der Userinnen und User abstimmt.

Angelica PETROV (weiß) ging auf "Facebook", das größte soziale Netzwerk, ein. Auch für sie hat der Schutz persönlicher Information einen hohen Stellenwert. Die Jugendlichen müssten sich bewusst sein, welche Daten sie ins Internet stellen, sagte sie.

Fifa IDRIZI (weiß) thematisierte ebenfalls den hohen Nutzungsgrad der sozialen Netzwerke, wobei viele nicht wüssten, welche Daten sie offen legen. Das Gesetz werde zu einem besseren Schutz führen, zeigte sie sich überzeugt.

Themenkreis Medienkompetenz

Lisa RAUSCHER (gelb) plädierte dafür, die Entwicklung der Medienkompetenz in den Unterricht einzubauen, um die Jugendlichen über die mit sozialen Netzwerken verbundenen Gefahren aufzuklären. Rauscher wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass etwa ArbeitgeberInnen auf die Daten zurückgriffen und dies negative Auswirkungen auf den beruflichen Fortgang haben könnte. Sie brachte daher einen Entschließungsantrag ein, der darauf abzielt, Medienkompetenz im Unterricht stärker zu berücksichtigen. Dieser Antrag wurde bei der Abstimmung mehrheitlich angenommen.

Manuel BITTNER (weiß) brachte den Aspekt der Rolle der Eltern in die Diskussion ein. Viele Eltern seien, was die sozialen Netzwerke betrifft, nicht auf dem neuesten Stand, argumentierte er, und wüssten auch nicht, was ihre Kinder im Internet tun. Daher sollte es spezielle Elternabende geben, wo Eltern über derartige Fragen entsprechend informiert werden. Dies diene der Prävention, meinte Bittner.

Sarah ZÖCHLING (türkis) bekräftigte eingangs die Unterstützung ihrer Fraktion für die erarbeitete Vorlage, brachte jedoch weitere Wünsche der Türkisen mittels eines Entschließungsantrags in die Diskussion ein. Darin schlagen die Jungabgeordneten vor, zusätzlich zum Regelunterricht Projekttag unter dem Motto "soziale Netzwerke" einzurichten, aber auch Eltern sollten entsprechend über Risiken und Gefahren informiert werden. Der Entschließungsantrag erhielt jedoch nicht die erforderliche Unterstützung.

Bernadett PREISS (violett) erinnerte zunächst an Fälle, in denen SchülerInnen Beleidigendes über LehrerInnen ins Netz stellten, was zu einem schlechten Schulklima führte. Es sei daher notwendig, im Rahmen von Projektarbeit die Jugendlichen besser über die Risiken sozialer Netzwerke zu informieren und ihnen im Unterricht eine verstärkte Medienkompetenz zu vermitteln. Ein von ihr eingebrachter Entschließungsantrag, der darauf abzielt, in Form von Projektgruppen

ExpertInnen zur Information der SchülerInnen einzuladen, passierte das Plenum mit Stimmenmehrheit.

Leonie GROIHOFER (weiß) knüpfte daran an und meinte, das Thema soziale Netzwerke sollte nicht nur im Informatikunterricht, sondern auch in anderen Gegenständen thematisiert werden. Auch sie hielt die Aufklärung der Eltern für unumgänglich.

Alexander BAUER (türkis) machte sich für Workshops zum Thema Medienkompetenz stark. Medienkompetenz bedeute, Medien und ihre Inhalte den eigenen Zielen und Bedürfnissen entsprechend zu nutzen, so seine Definition.

Ekrem ASLAN (weiß) brachte einen Entschließungsantrag ein, in dem gefordert wird, Medienkompetenz im Schulunterricht stärker zu thematisieren und den Lehrplan im Informatikunterricht so anzupassen, dass diesen Fragen ein Schwerpunkt gewidmet ist. Auch dieser Antrag fand eine Mehrheit. Wie viele RednerInnen vorher trat auch Aslan dafür ein, Elternabende zum Thema "Neue Medien und soziale Netzwerke" einzurichten.

Eva HOLZINGER (türkis) machte darauf aufmerksam, dass soziale Netzwerke kein Alter kennen und daher Gefahren für alle bedeuten können. Daher sei es wichtig, die Medienkompetenz zu fördern, unterstrich sie. (Schluss)